

Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Immer strebe zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden
□ □ □ Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an □ □ □

Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg — Privat-Postabonnement für das Vierteljahr 2 Mark

Nr. 39

Charlottenburg, Freitag, den 27. September 1912

Jahrg. 39

Sperren

Vollsperrern: Altwasser (E. Tielsch & Co.)
Blankenhain (Fasolt & Eichel, Nachfolger Duxer Porzellanmanufaktur). Eisenberg (Porzellanfabrik Ralt).
Flörsheim a. M. (Wilhelm Dienst). König. Köppelsdorf (Phil. Koch). Leipzig-Taucha (Hoep). Ofterode a. S. (Fritz Kochendörfer). Schönwald (E. & A. Müller). Steinbach i. Th (Göb & Heine). Untermhaus (Mödl).

Halbsperrern in Deutschland: Bonn (Mehlem). Düsseldorf (Winning). Fürstenberg a. W. Hennigsdorf bei Berlin. Königszell. Kranichfeld. Krummenaab. Meuselwitz. Oeslau (Göbel). Passau. Reichenbach. (Schwabe & Co.). Schlierbach. Sörnewitz. Triptis.

Sperren in Oesterreich: Belapatfalva (Prusjinky). Buchau (Plass & Köpner). Chodau (Haas & Czicek). Gießhübl (Joh. Schuldes). Krawska (L. Fiala & Sohn). Meretitz bei Klosterle (Julius Neumann). Pirkenhammer (Fischer & Mieg).

Unser Verband im Jahre 1911.

Der vorliegende Kassenbericht für das Jahr 1911 kann als Widerspiegelung unseres ganzen Verbandslebens gelten. Aber nicht nur als das, sondern auch als Widerspiegelung der Konjunktur in der Porzellanindustrie. Nachdem sich die Geschäftslage in der zweiten Hälfte des Jahres 1909 wieder langsam hob, dauerte diese Steigerung 1910 und den größten Teil des Jahres 1911 noch an. Der beste Agitator für die Gewerkschaften ist und bleibt immer der gute Geschäftsgang während die Krise der Schrecken jedes in der Agitation tätigen Genossen ist. Damit soll nun durchaus nicht gesagt sein, daß wir in Zeiten der Hochkonjunktur nicht nötig hätten, zu agitieren. Im Gegenteil, die in unserem Berufe beschäftigten Kollegen und Kolleginnen sind dann der Organisation der zugängig, als bei schlechtem Geschäftsgange, bei welcher Verdienstgelegenheit eine geringere ist. Außerdem ist es bei gutem Geschäftsgange leichter, Mitglieder der Organisation zu erhalten.

Da im Vorjahre die Geschäftslage eine gute war, ist dementsprechend auch die Entwicklung unseres Verbandes eine günstige zu nennen. Hatten wir am Schlusse des Jahres 1910 einen Mitgliederbestand von 13 052, so stieg dieser im Laufe des Jahres 1911 auf 16 743. Das ist eine Ueberholung des bisher höchsten Bestandes vom Jahre 1907 um 1865 Mitglieder. Bedauerlich ist allerdings, daß trotz des günstigen Jahres 4000 Mitglieder ausgeschieden sind. Diese Zahl ist entschieden viel zu hoch. Man kann ruhig annehmen, daß davon weit über 3000 wegen Resten gestrichen werden mußten. Die Fingerzeige, die Genosse Herden auf der ersten Seite des Berichts zur Eindämmung des Restantentums gibt, möchte ich auch an dieser Stelle den Zahlstellenverwaltungen zur Beherzigung empfehlen.

War die Mitgliederzahl gestiegen, so mußten auch die Einnahmen an Eintrittsgeldern und Beiträgen, für Streikmarken und durch Sammlungen steigen. Diese Einnahmen

waren fast 80 000 Mk. höher als 1910. Die Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung, Fahr- und Umzugsgelder stiegen im Verhältnis zur erhöhten Mitgliederzahl. Die Ausgaben für Krankengeldzuschuß zeigten verhältnismäßig gegen 1910 eine Steigerung. Hauptsächlich tritt die Verschlechterung des Gesundheitszustandes in der Steigerung der Fälle und Krankheitstage bei Erkrankungen der Atmungsorgane zutage. Im Jahre 1910 entfielen auf diese Erkrankungen 677 Fälle mit 24 138 Krankheitstagen. Konnte dies schon als ein ungünstiger Gesundheitszustand bezeichnet werden, so hat sich dieser 1911 noch bedeutend verschlechtert. Es waren da 1056 Fälle mit 29 994 Krankheitstagen zu verzeichnen. Auch die Sterbefälle, die durch Erkrankungen der Atmungsorgane verursacht wurden, sind gestiegen und zwar von 42 auf 51. Daß sich der Gesundheitszustand der Porzellanarbeiter nicht gebessert hat, ist aus dieser Statistik zur Genüge zu ersehen, trotzdem der Unternehmerverband zu der Auffassung gelangt ist, daß die Arbeiten in keramischen Betrieben nicht als gesundheitschädlich anzusehen sind. Er kann sich auch nicht bessern, solange in den Betrieben in hygienischer Hinsicht nicht durchgreifende Verbesserungen eingeführt werden und solange nicht die Lohn-erhöhungen, soweit von solchen überhaupt zu reden ist, mit der immer mehr zunehmenden Lebensmittelteuerung Schritt halten.

Ganz besonders fällt die Zunahme der Streikunterstützung in die Augen. Im Jahre 1910 wurden an Streikunterstützung rund 20 700 Mark gezahlt, 1911 dagegen rund 108 800 Mark, das bedeutet gegen 1910 eine Mehrausgabe von 88 100 Mark. Gegen 1909 ist der Unterschied noch erheblicher. Dieses Jahr erforderte nur 5100 Mark Streikunterstützung. Diese Steigerungen sind ebenfalls auf die Steigerung in der Geschäftskonjunktur zurückzuführen. Bei gutem Geschäftsgange sind die Ausgaben für Streiks regelmäßig größere als bei schlechtem, bei welchem Kämpfe um bessere Löhne möglichst aufgeschoben werden. Sinzu kommt noch, daß bei guter Konjunktur die während der Krise von den Unternehmern getroffenen Verschlechterungen im Arbeitsverhältnis, oftmals auch Lohnabzüge, wieder ausgeglichen werden müssen. Eine Ausnahme von dieser Regel bildet allerdings das laufende Jahr, in welchem wir rund 20 000 Mark Ausgaben infolge der Aussperrung gezahlt haben, nach. Diese Ausgaben können dann allerdings nicht als Maßstab für den Geschäftsgang angesehen werden.

Und gerade die diesjährige Aussperrung dürfte wohl jedes Mitglied überzeugt haben, daß die letzte Generalversammlung bei der Regelung der Unterstützungssache auf dem rechten Wege war. Konnten wir für uns bei dieser Aussperrung auch nichts herauschlagen, so bildeten doch die Gelder, die verausgabt wurden, eine Stütze und Hilfe für viele Kollegen, ganz abgesehen davon, daß wir ohne den finanziellen Rückhalt heute wahrscheinlich zu schlechteren Bedingungen arbeiten würden, als wir dies gegenwärtig tun. Ein Gutes bringen alle Kämpfe mit sich; während bei den Krisen alles gewerkschaftliche Leben stagniert, bringen diese einen frischen, lebendigen Zug in dasselbe. Und dieser Vorteil läßt sich nicht in Zahlen umrechnen.

So sind wir trotz aller Hindernisse ein gutes Stück vorwärtsgekommen. Als nächste Etappe auf unserem Marsche wird die Verschmelzung zu verzeichnen sein, die uns dann auf unserem weiteren Vormarsche gute Dienste leisten wird. E.

Der internationale Heimarbeiter- schutzkongress.

Der internationale Heimarbeiterschutzhkongress tagte am 8. und 9. September in Zürich. Genosse Greulich entbot den Teilnehmern den Willkommengruß im Namen der schweizerischen Sektion und des Volkshauses. Er wünschte, daß die Verhandlungen des Kongresses das große Problem seiner Lösung einen Schritt näher bringen möchten. Der Kongress war von 243 Teilnehmern besucht. Die Vorarbeiten erledigten Sektionen, die sich mit folgenden Punkten befaßten: 1. Heimarbeiterschutzgesetz. 2. Hygiene der Heimarbeit und bezügliche Gesetzgebung. 3. Gewerkschaften und kollektiver Arbeitsvertrag. 4. Stellung der Käuferliga zur Heimarbeiterfrage. Im Plenum fand dann ein Gesetzentwurf Annahme, der Lohnbücher, hygienische Maßnahmen, der Lohnämter zur Festsetzung von Mindestlöhnen vorsieht. Dieser Gesetzentwurf soll durch das internationale Heimarbeitsamt in Brüssel den Regierungen zugestellt werden. Erwähnenswert ist noch eine Resolution, welche die Gewerkschaften auffordert, eine lebhafteste Agitation unter den Heimarbeitern zu entfalten, um sie von der Nützlichkeit der gewerkschaftlichen Organisation zu überzeugen und die Solidarität unter ihnen zu wecken.

Weitere Resolutionen betreffen die Veranstaltung von amtlichen und privaten Enqueten unter die Mitwirkung von Ärzten und Lehrern; das Verbot von Heimarbeit mit Vergiftungsgefahren und anderweitige sanitäre Maßnahmen. Zum Schutze der Konsumenten soll die Heimarbeit für die Lebensmittel- und Tabakindustrie verboten, für ansteckende Krankheiten die obligatorische Anzeige statuiert, von Heimarbeitern hergestellte Kleider desinfiziert, je nachdem auch vernichtet werden. Bezüglich der Inspektion wird gesagt: a. Es ist ein amtlicher Inspektionsdienst zu organisieren, der namentlich durch Ärzte, Arbeiter und Arbeiterinnen usw. zu besorgen ist. In Ermangelung eines solchen Dienstzweiges ist die Fabrikinspektion auf die Heimarbeiter auszudehnen. b. Das Aufsichtsamt hat die Arbeiterorganisationen und insbesondere Ärzte, Lehrer usw. zur Erleichterung der Kontrolle und zur Durchführung der Schutzmaßnahmen beizuziehen. c. Im Interesse der in ihrer Wohnung beschäftigten Kinder hat eine ärztliche Inspektion analog der Schulinspektion für alle beschäftigten Minderjährigen Platz zu greifen. d. Außer diesen speziellen Maßnahmen soll die Verbesserung der Lage der Heimarbeiter dadurch angestrebt werden, daß alle Bewegungen unterstützt werden, die auf Verbesserung der sanitären Verhältnisse der Bevölkerung hinsichtlich Wohnung, rationelle Ernährung, Bekämpfung der Volksplagen wie Alkoholismus, Tuberkulose, Unwissenheit usw. abzielen. Die hygienischen Kenntnisse sind in allen Schulen, namentlich in den Gemeindeschulen zu verbreiten.

Schließlich fand auch noch ein ganzes Bündel Wünsche der sozialen Käuferliga betreffend die Mitwirkung bei der Agitation, Verwirklichung und Durchführung der Kongressbeschlüsse die Zustimmung der Versammlung.

Der internationale Heimarbeiterschutzhkongress in Zürich hat im großen ganzen gute Arbeit geleistet. Nun sollten die vielen Herren und Damen, die anwesend waren und die Beschlüsse mitgefaßt haben, an ihrem Orte und in ihren einflussreichen Stellungen, namentlich in den Parlamenten und Verwaltungsbehörden, so viel als möglich eifrig und ernsthaft beitragen, so zu verfahren und so sich in Zürich zu betätigen, daß die Heimarbeiterschutzgesetze, die in Zürich beschlossen wurden, mit geschäftlicher, sozialer und politischer Arbeit ihnen nicht geholfen, auch nicht mit gesetzgeberischen Maßnahmen und Unzulänglichkeiten, wie z. B. das deutsche Heimarbeiterschutzgesetz eine ist.

Verbands-Angelegenheiten

Gegenseitigkeitsvertrag.

abgeschlossen zwischen dem deutschen „Verband der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen“ und dem „Stein- und Tonarbeiter-Verband“ Sitz Zürich (Schweiz), gültig ab 1. Oktober 1912.

§ 1. Beide Organisationen führen vom 1. Oktober 1912 an Arbeiter der feinkeramischen Branchen, (Porzellan-, Steingut-, Majolika-, Terrakotta-, Terralith-, Siderolith- Arbeiter) im Landesgebiet des gegenseitigen Verbandes nicht mehr.

Keiner der beiden Verbände darf Beiträge von Mitgliedern entgegennehmen für eine Zeit, in welcher sie im

Gebiet des gegenseitigen Verbandes in Arbeit standen, sondern beide sind verpflichtet, solche Mitglieder mit ihrer Meldungs- und Zahlungspflicht auf den gegenseitigen Verband hinzuweisen.

§ 2. Mitglieder eines der beiden Verbände, welche im Landesgebiet des anderen Verbandes in Arbeit treten, (wenn auch nur vorübergehend, zur sogenannten „Aushilfe“ oder „Auf Probe“) scheiden damit ohne weiteres aus ihrem bisherigen Verbandsverbande aus und sind verpflichtet, sich der gegenseitigen Organisation anzuschließen.

§ 3. Erfolgt die Anmeldung im gegenseitigen Verbandsverbande innerhalb acht Tagen bei der zuständigen örtlichen Verwaltung oder, wenn solche am Ort sich nicht befindet, innerhalb vierzehn Tagen bei der Verbandsleitung, dann ist von einem übertretendem Mitgliede, welches die statutarischen Beitragspflichten in seinem früheren Verbandsverbande erfüllt hat, Einstand nicht zu erheben und es wird in diesem Falle die Gesamtsumme der im früheren Verbandsverbande geleisteten Beiträge (im Schweizer Verband abzüglich der in Deutschland für Krankengeld-Zuschuß geleisteten Beiträge) nach den Beitragsätzen des das Mitglied übernehmenden Verbandes umgerechnet und die Zahl der so ermittelten Beitragswochen dem Mitgliede als zurückgelegte Karenzzeit angerechnet. Ebenso wird Art und Dauer innerhalb der letzten 52 Wochen bezogener Unterstützung angerechnet.

§ 4. Erfolgt die Anmeldung später als in der unter § 3 gestellten Frist, dann verliert das Mitglied alle im Heimatsverband erworbenen Rechte und die im § 3 genannten Vergünstigungen. Die Aufnahme kann dann nur nach den statutarischen Bedingungen für Neueintretende erfolgen.

§ 5. Beim Uebertritt aus einem Verbandsverbande in den andern, unter Unrechnung erworbener Rechte, müssen die bis zum Arbeitsantritt im neuen Verbandsgebiet dem Stammverbande zustehenden Beiträge bezahlt sein, beziehungsweise werden, vorher gilt der Uebertritt trotz rechtzeitiger Anmeldung noch nicht als vollzogen. Beim Uebertritt hat das Mitglied sein bisheriges Quittungsbuch abzugeben. Der übernehmende Verband hat in das neue Quittungsbuch außer den sonst üblichen Eintragungen die im abgegebenen Mitgliedsbuche verzeichnete Mitgliedsnummer, das Datum des Eintritts in den Stammverband, sowie die in die letzten 52 Wochen fallenden Unterstützungsperioden nebst den in diesen Perioden bezogenen Unterstützungen mit Tinte einzutragen.

§ 6. Alle Mitglieder der schweizerischen Organisation, welche in den deutschen Verband übertreten, sind verpflichtet, in die Beitragsklasse einzutreten, welche nach dem deutschen Statut dem in den letzten 52 Wochen erzielten Durchschnittsverdienst entspricht. Zur Feststellung dieses Pflichtbeitrages haben die Ubertretenden sich einen von ihrer Sektion beglaubigten Ausweis über ihren Durchschnittsverdienst zu beschaffen.

§ 7. Den Mitgliedern des deutschen Verbandes, welche vertragsmäßig in den Schweizer Verband übertreten, ist gestattet, die Beiträge für die Versicherung auf Krankengeld-Zuschuß an den deutschen Verband weiter zu zahlen, wenn sie innerhalb längstens vierzehn Tagen nach dem Uebertritt dem Hauptkassierer des deutschen Verbandes von dieser Absicht Mitteilung machen. Ausschluß oder Abmeldung aus dem Schweizer Verband hebt diese Zuschußversicherung ohne weiteres auf.

§ 8. Mitglieder des deutschen Verbandes, welche übertreten, haben innerhalb derselben, den Nachweis zu liefern, daß sie innerhalb der letzten 52 Wochen in der Beitragsklasse mit allen Rechten eingetreten, wenn sie in der schweizerischen Organisation denjenigen Beitrag gezahlt haben, der in der Höhe ihrem früherem deutschen am nächsten steht.

§ 9. Der Vertrag erstreckt sich nicht auf die Unterstützung von Mitgliedern, die sich als Wandernde oder sonst Arbeitslose oder Arbeitsunfähige (Kranke) im Landesgebiet des gegenseitigen Verbandes aufhalten, ohne in diesen übertreten zu sein. Eine gegenseitige Unterstützungspflicht besteht nicht.

An die Zahlstellenkassierer.

Dieser Nummer der „Ameise“ liegt die statistische Karte für das III. Quartal bei. Wie der Ausdruck besagt, muß dieselbe spätestens am 4. Oktober eingesandt werden. Kassierer, welche vom Organempfinger eine Karte nicht erhalten, wollen solche sofort von mir fordern.

Ich mache nochmals aufmerksam, daß auch da, wo Durchreisende oder Arbeitslose am Ort nicht zu verzeichnen waren, die Karte dennoch ausgefertigt werden muß.

Georg Wollmann.

Düsseldorf. Im Emailierwerk Siby läuft am 1. Oktober der zweijährige Tarif ab, da die Kollegen nun Forderungen gestellt haben, so ersuchen wir um strikte Fernhaltung des Zuguges bis zur Erledigung der Bewegung. Die Kollegen der übrigen Emailierwerke Düsseldorfs haben auch Forderungen eingereicht und bitten wir auch dort bis auf weiteres Zugzug zu unterlassen. Die Figuristen und Polychromeure der Westdeutschen Kunstfiguren G. m. b. H. stehen in einem Abwehrstreik und ersuchen wir um vorläufige Meidung des Betriebes.

Gräfenroda. Seit kurzer Zeit ruht in der Porzellanfabrik W. Heene der Betrieb vollständig, alle Arbeiter liegen jetzt brotlos auf der Straße. Indem schon anfangs dieses Jahres die Firma in Liquidation getreten war, ist jetzt seit amtlicher Bekanntmachung das Konkursverfahren eröffnet worden, da die Firma die Zahlungen eingestellt hat. Herr Heene scheint abermals den Ort verlassen zu haben. Was für einen großen Mund hatte dieser prozenhafte Fabrikpacha bei Proklamierung der Aussperrung im Jahre 1900, seine Arbeiter brauchten keine Organisation, so lange sie bei ihm arbeiten, lebenslanglich sollten sie bei ihm Beschäftigung finden, im Falle eines faulen Geschäftsganges wollte er auch Unterstützung leisten. Wie aber steht es heute nach kaum 11 Jahren aus? Bei Ausbruch des Streiks waren ungefähr 150 Arbeiter im Betrieb, die Zahl ist aber ständig zurückgegangen und so waren zuletzt kaum noch 30 Leute beschäftigt und jetzt ruht der Betrieb vollständig. Also auch der mächtige Herr Heene hat sich vor der Macht der Verhältnisse beugen müssen, seine prozenhafte „Generalabfertigung“ im Inseratenteil des Gerataltboten, woselbst es während der Aussperrung seine Kampfestatistik in die Welt hinausposaunte, ist nicht zur Wirklichkeit geworden. Damals hatte der gute Herr die beste Absicht, dem roten Porzellanarbeiterverband das Lebenslicht auszublauen, aber das gerade Gegenteil ist eingetreten, Herr Heene liegt heute zerschmettert darnieder, die Nemesis hat ihn ereilt. Wir sind die letzten, die sich über ein derartiges Ereignis belustigen, aber hier hat sich das prozenhafte Benehmen eines Fabrikpachas beim Streik bitter gerächt. Die Leidtragenden bei diesem Konkurs werden wohl zähneknirschend dieses Mannes gedenken. Die Arbeiter können aus diesem Ereignis die Lehre ziehen, daß sie auf Versprechungen seitens der Arbeitgeber, betreffs lebenslanglicher Beschäftigung, nichts zu geben haben. Die einzige Waffe, die der Arbeiterschaft zur Verfügung steht und sie vor der bittersten Not bewahrt, ist und bleibt die gewerkschaftliche Organisation.

Meuselwitz. Eine recht interessante Verhandlung fand vor dem hiesigen Amtsgericht statt. Wegen Betrugs war der jetzt in König beschäftigte Porzellanendreher Franz Bruner aus Triptis angeklagt. Während des hiesigen Porzellanarbeiterstreiks betätigte sich der Angeklagte bei der Firma Gentschel & Müller als sogenannter Arbeitswilliger. Nach seiner Aussage erhielt er von Gentschel den Auftrag, „nützliche Elemente“ anzuwerben. Was er auch getan hat. Als Handgeld erhielt er sofort 30 Mk. Vorschuß ausbezahlt. Außerdem wurde ihm von Herrn Gentschel für jeden Streikbrecher, den er liefern würde, ein Kopfgeld von 5 Mk. versprochen, sowie volle Gewährung der Umzugskosten für seine Familie zugesichert. Der Angeklagte reiste nun in seiner Eigenschaft als Streikbrecher nach Selb, und nur dadurch, daß die Streikbrecher in der Sache Wind bekam, wurde das seine Geschäft beendet. Er behauptet nun, das Geld sei ihm in Selb ausgegangen und vergeblich hätte er um weiteren Vorschuß an die Firma telephont. Er habe sogar bei der ganzen Geschichte noch 6,20 Mk. zugelegt. Bruner erklärte ferner, daß ihm auch jetzt wieder von dem Werkführer in König (diese Fabrik ist gesperrt. D. B.) dasselbe Angebot gemacht worden sei. Der Angeklagte will aber erwidert haben: Wenn ich 100 Mk. pro Mann bekommen würde, ich tue das nicht mehr. (Der scheint die Nase voll zu haben. D. B.) Der Oberdreher Blechl als Zeuge erklärte zunächst, daß der Angeklagte sich freiwillig angeboten hätte, Streikbrecher anzuwerben. Auf den Zwischenruf des Angeklagten aber, daß Zeuge Blechl dabei gewesen ist, als der Werkführer Sternfeld und Herr Gentschel ihm das Angebot machten, mußte Blechl zugeben, daß dieses richtig ist. (Hört, hört! D. B.) Blechl sagte weiter aus, daß die Plakate (die in alle Welt zum Streikbrecherfang hinausgeschickt wurden. D. B.) das Wort des Angeklagten seien. Daß der Angeklagte die Firma absichtlich um die 30 Mk. Vorschuß betrogen hätte, sei daraus zu entnehmen, daß er bei seiner Abreise sämtliches

Arbeitszeug mitgenommen hätte. Worauf ihm der Angeklagte prompt erwiderte, daß in der Fabrik von Gentschel & Müller nichts sicher sei, ihm selbst wäre schon eine Hose, Kragen, Strümpfe, Schwämme und dergleichen gemaußt worden. Als nächster Zeuge trat der Arbeitswillige Baumgärtel auf. Aus seinen vielen zum Teil widersprechenden Angaben sei nur hervorgehoben, daß der Angeklagte Bruner (die beiden waren früher intime Freunde. D. B.) ihm geschildert habe, wie es in Meuselwitz so sehr hübsch sei, es würde auch viel Geld verdient und die Arbeit könnte sich jeder aussuchen. Aber sehr gefährlich wäre es in Meuselwitz, da müßte man aufpassen, daß sie einen nicht kaputt schlagen. Auch müßten alle in der Fabrik schlafen und da drinnen sei ein Leben wie bei den Zigeunern. Auch hätten seine beiden eigenen Söhne zu ihm gesagt: Vater, wenn du das tußt (Streikbruch. D. B.), dann sehen wir dich in deinem Leben nicht mehr an. (Ausspruch eines Vaters vor Gericht —! D. B.) Von der Vernehmung weiterer Zeugen wurde abgesehen. Der Amtsanwalt erachtete die Absicht des Betrugs für erwiesen und beantragte drei Wochen Gefängnis. Der Angeklagte erwiderte zu seiner Verteidigung wörtlich: Die Bude war voll durch mein Plakat, durch mein Arbeiten. Ich habe noch Geld zugelegt, ich bekomme noch Geld von der Firma heraus. Ich habe in Freiberg den Kaiser persönlich (als Kellner! D. B.) bedient und jetzt stehe ich hier wegen Betrugs, ich weiß nicht, was ich von der Firma halten und sagen soll. (Wir wissens. D. B.) Das Gericht kam zu der Ueberzeugung, daß Bruner unschuldig sei und verkündete seine kostenlose Freisprechung.

Das Porzellankartell und seine Abnehmer. Der Handelszeitung des Berliner Tageblattes entnehmen wir folgendes: Kürzlich beschäftigten wir uns mit dem Verein Deutscher Porzellanfabrikanten, der sehr rigorose Konventionsbestimmungen ausgearbeitet hat. Unter anderem wiesen wir darauf hin, daß nach den Bestimmungen des Vereins die Fabrikanten sogenannte „Bruchware“ im Inlande gar nicht mehr verkaufen dürfen. Die Folge davon ist, daß im Auslande deutsches Porzellan billiger angeboten wird als in Deutschland selbst. Gegen unsere Ausführungen wendet sich nun der Reichsverband Deutscher Spezialgeschäfte in Porzellan in einer Zuschrift, in der es unter anderem heißt:

Es wird unumwunden anerkannt, daß die Vereinigung deutscher Porzellanfabrikanten im Laufe der Jahre durch ihre Bestimmungen und Maßnahmen tatsächlich eine Hebung der deutschen Porzellanindustrie in bezug auf die Qualität des Porzellans und dessen kunstgerechte Dekorierung herbeigeführt hat, daß sie versucht hat, den in gemeinsamen Beratungen vortragenen berechtigten Wünschen der Spezialhändlerschaft so weit als möglich Rechnung zu tragen, daß sie besonders in den letzten Jahren alle Bestimmungen, bei denen Interessen der Händlerschaft berührt wurden, in Gemeinschaft mit den berufenen Vertretern getroffen hat. Die Händler haben es durch langjähriges, unermüdliches Arbeiten dahin gebracht, daß der Porzellanbruch vom deutschen Markte verschwunden ist. Bei diesem Porzellanbruch handelt es sich durchaus nicht um Ware, die mit „kleinen Fehlern behaftet“ ist, sondern um Ware, die so schlecht ist, daß sie entweder gar nicht zu gebrauchen ist oder infolge ihrer groben Fehler häßlich und unzuverlässig genannt werden muß. Es sind das Stücke, die entweder Risse aufweisen oder mit Schamottesflecken befallen sind und dergleichen. Der sogenannte Ausschuß oder die vierte Klasse Ware, die vor in den Handel, nur erfolgt die Sortierung in den Fabriken, sondern die Ware wird erst, wie der fachmännische Ausdruck lautet, in I-IV. Wahl an die Abnehmer geliefert. Diese Uenderung ist deshalb eingeführt worden, weil vorher besonders von den Einkäufern der Warenhäuser die Sortierung zu allen möglichen Sintergehungen der Konventionsbestimmungen benutzt worden ist. Diesem unlauteren Treiben ist durch die neue Art der Sortierung ein starker Riegel vorgeschoben worden. Von dem Bruchporzellan, das in Deutschland nicht verkauft werden kann, geht nur ein kleiner Teil ins Ausland, da diese unbrauchbare Ware keine hohe Frachten veriragt, und sie außerdem in einem einigermaßen zivilisierten Lande nicht abzusetzen ist. Es ist eben Sache der Fabrikanten, wie sie diesen Bruch, dessen Menge übrigens nicht bedeutend ist, unterbringen. Das hierdurch der Ruf des deutschen Porzellans leiden könnte, ist ganz ausgeschlossen, im Gegenteil, es wird immer wieder berichtet, daß gerade die durch die Tätigkeit der Konvention herbeigeführte Qualitätsverbesserung der deutschen Porzellanindustrie im Auslande den Absatz ganz bedeutend erleichtert.

Die Spaltung unter den Abnehmern des Porzellankartells, bei der auf der einen Seite die Spezialgeschäfte mit ihrer

Billigung der Kartellpolitik, auf der andern Seite die Warenhäuser mit ihrer Opposition gegen diese Politik stehen, scheint nach alledem ihren Hauptgrund darin zu haben, daß den Spezialgeschäften die hohen Preise des Kartells als das kleinere Übel gegenüber der starken Konkurrenz erscheinen, die ihnen die Warenhäuser in immer zunehmendem Maße machen. Um sich dieser Konkurrenz zu erwehren, akzeptieren sie ohne Widerstreben die Preiserhöhungen des Syndikats, die nach und nach bis um 25 Prozent über die Basispreise gesteigert worden sind, wenn es ihnen nur gelingt, die Porzellanproduzenten gegen die billig verkaufenden Warenhäuser scharf zu machen. Aus dieser Situation erklärt es sich, daß an den ganzen Verhandlungen über die Festsetzung der Verkaufsbedingungen nur Spezialgeschäfte teilgenommen haben, dagegen nicht die Warenhäuser, trotzdem diese einen sehr großen Konsum in Porzellan haben. Daß die Abschaffung der Sortierung, die vorgenommen wurde, um Hintergehungen der sehr rigorosen und die Verkaufsfreiheit der Detaillisten stark beeinträchtigenden Verkaufsbedingungen zu verhindern, für viele Käufer sehr ungewöhnlich ist und auch so empfunden wird, liegt auf der Hand. Früher hatte der Konsument — wie es auch in der Ordnung ist — das Recht, sich von jeder Qualität soviel zu kaufen, als ihm geeignet erschien. Heute liefert der Fabrikant die Ware unsortiert, und der Käufer muß alsdann sehen, wo er die Qualitäten, für die er nicht die geeignete Verwendung hat, absetzt. — Auch die Frage des Bruchporzellans ist in der obigen Zuschrift mindestens sehr einseitig dargestellt. Wenn das Bruchporzellan nur an ganz ungebildete Völkerschaften verkauft werden könnte, würde sein Verkauf durch die Warenhäuser doch wirklich keine so starke Konkurrenz für das gute Porzellan bedeuten, und man brauchte dieses gänzlich unbrauchbare und konkurrenzunfähige Material dann wirklich nicht zwangsweise vom Inlandsmarkt auszuschließen oder gar zu vernichten. Der Grund für diese Ausschließung des von gewissen Bevölkerungsschichten häufig verlangten Bruchporzellans besteht vielmehr darin, daß der Verkauf dieses Porzellans die Preishaltung des Syndikats sowie der Spezialgeschäfte erschweren würde, und nur deshalb muß es vom Markte verschwinden.

Viele Berufskollegen sind wiederum gezwungen, ihre Berufsarbeit aufzugeben, um sich auf einige Zeit dem Militärdienst zu widmen. Es ist notwendig, daß sich diese Kollegen, soweit sie bei unserem Verbandsorganisiert sind, beim Zahlstellenassessor abmelden und ihre Beiträge bis zum Eintritt zum Militär begleichen. Ist die Dienstzeit vorbei, sorgt der Staat nicht für Arbeit, deshalb ist es angebracht, wenn sich die jungen Kollegen ihre beim Verbands erworbenen Rechte sichern. Auch haben gegenwärtig eine Anzahl Kollegen den bunten Rock wieder ausgezogen und treten nunmehr wieder in die Reihen der Berufskollegen ein. Auch diese ersuchen wir, sich innerhalb acht Tagen nach ihrer Entlassung bei dem Zahlstellenassessor zur Wahrung ihrer Rechte anzumelden.

Oesterreich. Chodau. Bei der hiesigen Firma Haas & Czizek haben die Dreherinnen am Sonnabend, den 14. ds. Mts. die Arbeit niedergelegt. Diese unglaublich ausgebeuteten Arbeiterinnen haben es endlich satt, für wahre Hungerlöhne weiter zu arbeiten und kann es ihnen nicht übel genommen werden, wenn sie zu dem Mittel der Arbeitsniederlegung greifen. Sie bitten um die Zugeständnisse, die sie für Chodau in Belgien bekommen, mit der Erhöhung der Arbeitslöhne. „Wie“, wird da so manche Kundschaft denken, „müssen doch diese Arbeiter herrlich leben, wenn sie alle Momente lang Erhöhungen der Löhne bekommen.“ Aber wir wollen den Porzellanhändlern und Käufern die Wahrheit sagen. Für 100 Stück Teller bezahlt die Firma Haas & Czizek sage und schreibe 30 Heller der Dreherin. Das ist doch ein guter Verdienst, nicht wahr? Von früh bis abends müssen die Arbeiterinnen angestrengt schaffen, wenn sie auf Salz und Brot, eventuell ein Stückchen Würstl verdienen wollen. Es gibt keine einzige Firma, die solch kleine Löhne bezahlen würde, wie die Firma Haas & Czizek in Chodau und Schlaggenwald und muß man sich nur wundern, daß es immer noch Arbeiter gibt, welche in diesen Fabriken Arbeit nehmen.

Aus anderen Verbänden

Der allgemeine deutsche Gärtnerverein, der gegenwärtig 7200 Mitglieder zählt, hielt seine Generalversammlung in

Berlin ab. Die verflossene Geschäftsperiode war reich an Lohnbewegungen, die eine Ausgabe von 43 000 Mk. verursachten. Der Kassenbestand beträgt 45 000 Mk. Eine der Hauptaufgaben des Verbandes ist die Hinarbeitung auf Beseitigung des Kost- und Logiszwanges. Die Gärtnereien unterstehen nur soweit sie nicht als landwirtschaftliche Betriebe angesehen werden, der Gewerbeordnung. Die Rechtszuständigkeit der Gärtnerei ist daher eine verworrene. Deshalb bemüht sich die Verbandsleitung, die öffentliche Meinung für Unterstellung aller Betriebe unter die Gewerbeordnung zu beeinflussen. Der Verbandstag nahm einige Änderungen am Streitreglement und an den Beitrags- und Unterstützungssätzen vor. Ferner beschäftigte er sich noch mit Arbeitsvermittlung, Organisationsfragen und Grenzstreitigkeiten. In bezug auf Gesundheitsschutz und Gesundheitsgefahren im Gärtnerberuf nahm er eine Resolution an, die unter anderem Verkürzung der Arbeitszeit, Beseitigung des Kost- und Logiszwanges, höhere Löhne und Ausdehnung der Schutzbestimmungen für Frauen, Jugendliche und Kinder auf die Gärtnereien verlangt. Beschlossen wurde ferner, dem Namen der Organisation den Untertitel „Centralverband“ hinzuzufügen, damit deren freigewerkschaftlicher Charakter besser zu erkennen ist.

Der schwedische Gewerkschaftskongress tagte vom 6. bis 12. September in Stockholm. An ihm nahmen 223 Delegierte teil, die rund 87 000 Gewerkschaftsmitglieder vertraten. Die Maßregelungstaktik der Unternehmerorganisation nach dem großen Kampfe von 1909 hat in Verbindung mit der wirtschaftlichen Krise eine Schwächung der Gewerkschaften zur Folge gehabt. Erst in diesem Jahre ist wieder eine Besserung eingetreten. Die wichtigsten Fragen, die der Kongress zu entscheiden hatte, waren die Organisationsform und die gegenseitige Unterstützungspflicht. Zum ersten Punkte hat sich der Kongress für Uebergang von Industrieverbänden zu Betriebsorganisationen entschlossen. Die bestehende gegenseitige Unterstützungspflicht bei Abwehrkämpfen, die eine Minderheit aufgehoben haben wollte, wird beibehalten. Die Herausgabe eines eigenen Organs der Landesorganisationen dagegen abgelehnt. Ein Antrag fand Annahme, der eine Verpflichtung zur gegenseitigen Unterstützung der drei skandinavischen Landesorganisationen für den Fall enthält, daß in einem der drei skandinavischen Länder mindestens 20 Prozent der Mitglieder sich im Kampfe befinden. Dann wurde beschlossen, daß bis zum 1. Januar 1915 jede Gewerkschaft einen Mindestbeitrag von 15,60 Kronen pro Jahr und Mitglied einführen muß. Wichtig ist der mit großer Mehrheit angenommene Beschluß, daß die Verbände, die bei Abschluß von Tarifverträgen das Recht der Unternehmer, über Einstellung und Entlassung von Arbeitern frei zu verfügen, nicht anerkennen, sondern das Mitbestimmungsrecht fordern, weitmöglichst zu unterstützen sind.

Vollständiger Sieg der New-Yorker Kürschner. Der Generalstreik der 12 000 Kürschner New-Yorks hat nach 11 wöchiger Dauer mit einem vollständigen Sieg der Streikenden geendet. Sämtliche gestellten Forderungen, wie Anerkennung der Organisation und der Werkstatt-Vertrauensperson, achttündige Arbeitszeit, freier Sonnabendnachmittag, Bezahlung der gesetzlichen Feiertage und der Ueberstunden, Beseitigung des Zwischenmeister Systems innerhalb der Werkstätten und Verbot, nach Feierabend Arbeit nach Hause zu geben, wurde bewilligt. Dieser glänzende Sieg ist umso höher anzuschlagen, da die Arbeiter einem gut organisierten Unternehmertum gegenüberstanden und von 100 Streikern kaum 2000 organisiert waren. Die von Charles Schlingens amten eingeleiteten Verhandlungen scheiterten zunächst. Die Arbeiter waren empört, daß die Unternehmer neun Wochen lang sich weigerten, zu verhandeln. Sie verlangten Anerkennung ihrer ganzen Forderungen, während die Vertreter der Unternehmer den freien Sonnabendnachmittag nur für die ersten acht Monate zugestehen wollten. Die Unternehmer ließen erklären, daß, bevor sie Zugeständnisse machen könnten, die Arbeiter erst bedingungslos in die Werkstätten zurückkehren müßten. Unterdes frachte es in ihrer Organisation in allen Fugen. Von 820 Unternehmern hatten inzwischen 121 die Forderungen anerkannt, darunter waren drei der größten Firmen. Es ist Hochsaison und jeder Tag kostete ein Vermögen; daß wußten die Arbeiter und sie hielten hungernd tapfer Stand. Wie schwierig sich die Verhandlungen gestaltet haben müssen, läßt sich daraus beurteilen, daß vom 6. zum 7. September bis morgens 5 Uhr verhandelt wurde. Die große Mehrzahl der Streikenden hat die elf Wochen unter großen Entbehrungen durchhungern müssen. In den letzten Wochen hatten sich ca. 500 Komitees gebildet, die in New-York und in den Vorstädten öffentlich Gelder sammelten. Erreicht wurde der Sieg aber nur durch die Geschlossenheit

und den Zusammenhalt der gelernten und ungelernten Arbeiter und der Arbeiterinnen.

Serbien. In Serbien gehören 25 Gewerkschaften dem Gewerkschaftsverbande an, dessen Mitgliederzahl betrug 1908: 3238, 1909: 4462, 1910: 7418 und Ende 1911: 8337. Diese Steigerung ist umso erfreulicher, als die Regierung jede Agitations- und Organisationsarbeit unter den Bergarbeitern direkt verboten und unter den Fabrikarbeitern fast gänzlich unmöglich gemacht hat. Wie entsetzlich die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse des Landes sind, zeigt der Umstand, das 1910: 714, 1911 dagegen 1560 organisierte Arbeiter, also rund 10 bezw. 20 Prozent aller, auswanderten!

Spanien. Zum Protest gegen das rücksichtslose Vorgehen der Polizei gegen Streikende erklärten eine Reihe von Gewerkschaften einen 24stündigen Generalstreik in Madrid. Militär wurde requiriert. Die Eisenbahner in Barcelona haben ebenfalls einen Streikbeschluss gefasst. Der sozialistische Abgeordnete Iglesias warnt im Parteiorgan vor den vielen wilden und meist fruchtlosen Streiks, die von anarchistischen Elementen angezettelt seien. — Neueren Nachrichten zufolge hatten Delegierte der Eisenbahner am 17. d. M. eine ergebnislose Konferenz mit dem Minister für öffentliche Arbeiten. Nach Ablauf der gesetzlichen achtägigen Kündigungsfrist soll auf allen Linien die Arbeitseinstellung erfolgen.

Vermischtes

1000 Millionäre mehr! In der Monatszeitschrift „Verwaltung und Statistik“ begegnen wir einer interessanten Statistik, die uns zeigt, daß seit der bekannten Martinschen Aufstellung, die bis zum Jahre 1908 reicht, die Zahl der Millionäre in Preußen wieder um 1000 zugenommen hat! Martin zählte in seinem Jahrbuch 8355 Millionäre auf. Im Jahre 1911 gab es (nach der Steuereinschätzung) in Preußen 9349 Millionäre; davon befanden sich 6869 in den Städten und 2480 auf dem Lande. Auf die Vermögensgruppe von über ein bis zwei Millionen Mark entfallen 5923, auf die Gruppe von zwei bis drei Millionen 1593 Personen. Zwischen 70 bis 100 Millionen Mark sowie über 100 Millionen versteuern je 4 Personen. Die 9348 Millionäre besitzen ein Vermögen von rund 25½ Milliarden Mark, das ist fast ein Viertel der insgesamt zur Ergänzungssteuer veranlagten Vermögenssumme (von 6000 Mt. ab). Zum nicht geringen Erstaunen erfahren wir auch aus der amtlichen Statistik, daß sich 1911 unter den Millionären 53 befanden, die kein Einkommen von über 3000 Mt. versteuern, davon 40 mit über 1 bis 2, 9 mit über 2 bis 3, 3 mit über 3 bis 4 und 1 mit über 25 Millionen Mark Vermögen. Diese armen Millionäre haben offenbar der Steuerbehörde den Nachweis erbracht, daß ihr Vermögen in Unternehmungen angelegt sei, die zurzeit noch unrentabel seien. Wie es freilich möglich ist — um nur den interessantesten Fall herauszugreifen —, mit 25 bis 26 Millionen Mark nachgewiesenem Vermögen ein Einkommen von weniger als 3000 Mt. zu versteuern, wird dem gewöhnlichen Menschenverstande kaum plausibel erscheinen. Das „Einkommen“ des Proletariats wird bekanntlich bis auf den letzten Pfennig versteuert.

Der Zentralverband deutscher Konsumvereine 1911. Dem Geschäftsbericht des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine für das Jahr 1911 ist zu entnehmen, daß die Mitgliederzahl im Berichtsjahr von 1181 000 auf 1 325 000 gestiegen ist. Dem Zentralverband gehören 1183 Verbandsvereine an. Der Geschäftsbericht führt die Ursache dieses außerordentlichen, noch in keinem Vorjahre erreichten Wachstums auf die hohen Preise wichtiger Nahrungsmittel zurück. Die breiten Massen der Bevölkerung seien dadurch gezwungen worden, sich einzuschränken, sorgfältig zu rechnen und auch kleine Vorteile nicht von der Hand zu weisen. Der Gesamtumsatz der Genossenschaften des Verbandes stieg von 433 auf 506 Millionen Mark. In eigener Produktion wurden von den Verbandsvereinen für 81 Millionen Mark Waren hergestellt gegen 66 Millionen Mark im Vorjahre. Die Zahl der in der Gesamtorganisation beschäftigten Personen stieg von 18 923 auf 21 939. An Warenbeständen waren 50 Millionen, an Maschinen und Inventar 14 Millionen und an Grundbesitz 74 Millionen Mark investiert. Das eigene und fremde Kapital, mit dem die Verbandsorganisationen arbeiteten, betrug 152 Millionen Mark. Im verflossenen Jahr hat eine große Zahl von Konsumvereinen neue Zentrallager und Bäckereien eingerichtet. Neuerdings wendet sich die Eigenproduktion immer mehr dem Gebiet der Milch- und Fleischversorgung zu. Die genossenschaftliche Milch-

versorgung stellt sich als ein besonders schwieriges Gebiet dar. Die Schwierigkeiten liegen nicht nur in der Verteilung und in dem schwankenden Absatz, sondern noch mehr in der erforderlichen Milch, weil die Konsumvereine dabei von den landwirtschaftlichen Milchproduzenten abhängig sind. Große Schwierigkeiten auf dem Gebiet der Warenverteilung machte einer großen Anzahl Revisionsverbänden das preußische Warenhaussteuergesetz. Eine erhebliche Steigerung der Kapitalkraft der Genossenschaften kommt auch in der Entwicklung der Bankabteilung der Großeinkaufsgenossenschaft deutscher Konsumvereine zum Ausdruck, die jetzt in der Lage ist, jedem gut geleiteten und gesunden Konsumverein für die Erweiterung seines Geschäftsbetriebes mit Hypotheken zu dienen.

Die deutschen Aktiengesellschaften im Jahre 1911. Die Macht des unpersönlichen Kapitals in Deutschland wird von neuem durch eine vom Kaiserlichen Statistischen Amt veröffentlichte Untersuchung über die „Geschäftsergebnisse der deutschen Aktiengesellschaften im Jahre 1910/11“ beleuchtet. 4680 reine Erwerbsgesellschaften repräsentieren ein Unternehmungskapital von 17,26 Milliarden. 14,23 Milliarden fallen davon auf Aktienkapital und der Rest auf die Reserven. Die starke Kapitalkonzentration in den deutschen Aktienunternehmen drückt sich darin aus, daß die Zahl der Gesellschaften nur wenig zunimmt, während ihre Kapitalien sehr rasch wachsen. Von 1908 bis 1911 stieg die Zahl der Unternehmungen von 4587 auf 4680 oder um 2 Prozent, ihr Aktienkapital aber von 12,79 auf 14,23 Milliarden oder um 13 Prozent. Im Jahre 1910/11 flossen den deutschen Aktiengesellschaften dreiviertel Milliarden neues Unternehmungskapital zu. Die Banken verschlangen davon allein 200 Millionen. Die Elektrizitätsindustrie vermehrte ihr Kapital um 58 Millionen. Als werbendes Kapital müssen aber nicht nur Aktienkapital und Reserven betrachtet werden, sondern auch Obligationen-, Hypotheken- und ein Teil der „sonstigen“ Schulden. Etwa 25 Milliarden vermehren so das eigene Kapital der Aktienunternehmen. Die Geschäftsergebnisse der Aktiengesellschaften weisen eine zunehmende Rentabilität aus. Von den 4680 Unternehmungen schlossen 3868 mit Gewinn, 743 mit Verlusten und 69 ohne Gewinn oder Verlust ab. Die Verluste wurden nur auf insgesamt 79 Millionen berechnet, die Gewinne dagegen auf 1473 Millionen. Der Jahresgewinn aller Gesellschaften beträgt 1394 Millionen gegen 1288 Millionen im Vorjahre. Die deutschen Aktienunternehmen haben also im Jahre 1911 106 Millionen mehr verdient als im Jahre 1910. Je 100 Mt. des gesamten Eigenkapitals haben 8,08 Mt. gebracht (im Vorjahre nur 7,82 Mt.). Das Aktienkapital (ohne Reserven) verzinste sich mit 9,95 Prozent (im Vorjahre nur 9,57 Prozent).

Die Ortskrankenkassen im Jahre 1911. Sämtliche Ortskrankenkassen haben nunmehr ihre Berichte für das Jahr 1911 erscheinen lassen. Sie enthalten wiederum eine Fülle wertvollen sozialstatistischen Materials.

Die Geschäftsergebnisse der Krankenversicherung sind mit der jeweiligen Lage des Arbeitsmarktes aufs engste verknüpft. Umfangreiche Arbeitslosigkeit bringt den Kassen geringere Einnahmen und erhöhte Ausgaben. Mit dem Sinken der Mitgliederzahlen steigt immer die Zahl der erwerbsunfähig Kranken. Das ist in einer ganzen Reihe natürlicher Umstände begründet. Das Jahr 1911 gehört zu der Zeit der aufsteigenden Konjunktur. Die Krankenkassen berichten daher auch im allgemeinen von günstigen Geschäftsergebnissen. Es erhöhten ihr Vermögen im Berichtsjahr um 375 000 Mt., Frankfurt a. M. um 133 000 Mt., Barmen um 190 973 Mt., Kottbus 26 000 Mt., Kiel 30 000 Mt., Jena 60 393 Mt., Wiesbaden 35 400 Mt., Dresden 358 791 Mt., Elberfeld 168 64 Mt., usw. Demgegenüber gibt es auch eine geringe Anzahl von Kassen, die von unbefriedigenden Resultaten berichten. z. B. die Ortskrankenkassen Düsseldorf, Halle, München, Königsberg usw.

Infolge der günstigen wirtschaftlichen Konjunktur erhöhten alle Kassen ihre Mitgliederzahlen ganz erheblich, so z. B. Leipzig um 12 000, Frankfurt a. M. um 7 000, München um 11 000, Düsseldorf um 4 000, Charlottenburg um 4 000, Stuttgart um 8 000, Meissen um 4 000, Jena um 821 usw. Bemerkenswert ist, daß besonders die weiblichen Mitglieder in der Zunahme begriffen sind.

Die Ausgaben für ärztliche Behandlung sind im fortwährenden Steigen begriffen. Es gibt bereits außerordentlich viel Krankenkassen, die für ärztliche Behandlung mehr ausgeben als für Krankengelder an Mitglieder. So zahlte z. B. die Ortskrankenkasse Baruch für ärztliche Behandlung 3,48 Mt., für Krankengeld 1,17 Mt., die Ortskrankenkasse Burtau für ärztliche Behandlung 5,29 Mt., für Krankengeld 2,06 Mt.,

hatte seine Kräfte aufs Äußerste angestrengt; bisweilen war er nahe daran gewesen, vor Müdigkeit umzusinken, denn er, der sein Leben lang der Helfer anderer gewesen war, hatte niemand, den er hätte zu Hilfe rufen können. Und er hatte auch nicht mehr gehofft, als daß es ihm vergönnt sein möchte, nicht die Arbeit halbfertig liegen lassen zu müssen, sondern unter eigenem Dache sterben zu können.

Und nun sollte er Feuer auf seinem Herd in seinem Häuslein anmachen — zum erstenmal in seinem Leben sollte er die Flamme auf eigenem Herd sehen.

Er hat sich bis zum Waldsaum hingeschleppt, und dort ist es ihm mit großer Mühe gelungen, einen Arm voll Holz von den Wurzelenden einer vertrockneten, gestürzten Tanne abzuheben. Das sollte er nun zur Hütte tragen; aber er ist so müde, und darum setzt er sich auf den Stamm der Tanne, um sich ein wenig auszuruhen. Seine Augen tränen, sein Blick ist gebrochen, seine Gesichtszüge sind schlaff, sein Rinn zittert, seine Hände beben, die Atemzüge arbeiten sich nur schwer aus der Brust heraus und sein Herz schlägt nur ganz schwach. Durch den laublosen Herbstwald steht er seine Hütte mit der offenen Tür weiß leuchten gegen den schwarzen Wald im bleichen Licht des Herbstabends.

Dies ist seine Hütte, die die er selbst gebaut . . . Wenn er nur Kräfte genug hätte, das Holz von hier zu ihr hinzuschaffen! . . . Er betrachtet seine Hütte und plötzlich erscheint sie ihm so fern, als wäre sie ans andere Ende der Welt entückt. Er streicht mit der Hand über seine trüben Augen, und nun steht die Hütte wieder näher, aber er sieht sie nur undeutlich durch das dichte Geflecht der Zweige. Klargelb leuchtet der Himmel hinter dem Wald. Die Kälte schüttelt seine schwichtigen Schultern. Er sollte sich beeilen, eine warme Stube zu bekommen . . . Nun steht sie wieder auf ihrem Plage und ihre Umrisse sind für ihn deutlich wahrnehmbar. Da soll er nun vielleicht noch mehrere Jahre leben können. Und möglicherweise bekommt er Hilfe von der Gemeinde, wenn er selbst nichts mehr tun kann . . .

Ein Wärmestrom durchrieselt seinen Körper; aber er fühlt doch noch nicht Kraft genug, sich zu erheben, er muß noch ein Weilchen Atem schöpfen, und er sitzt da und denkt an nichts.

Da vernimmt er einen klopfenden Laut — als wenn man irgendwo Nägel mit einem Hammer einschläge. Und in seinem Sinn erwacht der Gedanke: „In wessen Sarg werden da die Nägel eingeschlagen?“ . . . Ein Weilchen später vernimmt er den Klang der Abendglocke vom Gutshof auf der anderen Seite des Sees: „Wem kann wohl dieses Totengeläut gelten?“

Die Erde verschwindet immer mehr im nebligen Dunkel, es ist, als hüllte der Nebel die Hütte ein. Der hämmernde Laut ist nicht mehr zu hören, auch das Glockenläuten hat aufgehört; aber nun ist es, als begänne der Wald zu sausen. Er beugt sich nieder, um sein Holzbündel aufzuheben, fällt aber kopfüber darauf, rollt auf den Boden herab und bleibt neben dem dünnen Holz liegen, das raschelnde Laub ist sein Lager, ein Stein ist sein Kopfkissen.

Die weiße Hütte steht mitten unter schwarzen Baumstämmen am Rande der in Dunkelheit versinkenden Schwende, und die schwarze Tür blickt vor sich hin, als fragte sie verwundert: Für wen bauest Du die Hütte, da Du selbst nicht kommst? — Für andere!

Auch seine Hütte baute Matti für andere!

Versammlungs-Berichte etc.

Berichtigung. Im Rassenbericht für das Jahr 1911 muß es auf Seite 4, fünfte Zeile von unten heißen: 4. Quartal männliche Mitglieder 14 021 anstatt 40 021. — In Nr. 38 der Ameise ist in der Rubrik „Aus unserem Berufe“ im Bericht von Uhlen der Name der Firma nicht ganz richtig wiedergegeben, ebenso in einem Teile der Auflage im Bericht von Rheinsberg. Bei dieser Gelegenheit bitte um deutliche Angabe der Namen, Orte und Zahlen in den Berichten. Ersuche außerdem das Papier immer nur auf einer Seite zu beschreiben. Die Redaktion.

Elberfeld. Die am 24. August stattgefundene, sehr gut besuchte Zahlstellenversammlung beschäftigte sich auch mit dem Ilmenauer Flugblatt und dem vom Vorstand darauf versandten Rundschreiben. Nach Besprechung dieser beiden Zuschriften beschloß die Versammlung folgendes in der Ameise zu veröffentlichen: „Unsere heutige Versammlung stellt sich nicht auf den von den meisten Zahlstellen eingenommenen Standpunkt, in dem Vorgehen der Ilmenauer Kollegen nur Quertreibereien zu erblicken, die eine Zerspaltung unseres Verbandes herbeiführen könnten. Aus dem Ilmenauer Flugblatt leuchtet klar und deutlich berechtigte Unzufriedenheit darüber, daß wir auf gewerkschaftlichem Boden noch nicht weiter gekommen sind. Wer in dem Vorgehen der Ilmenauer Gefahr für unsere Organisation befürchtet, kann

nie überzeugter Anhänger der modernen Arbeiterbewegung gewesen sein; ein von gewerkschaftlichen Ideen durchdrungener Kollege wird sich niemals durch Kritik und Opposition von seinem Ziel abbringen lassen! Von all den Resolutionen der verschiedenen Zahlstellen können wir nur der der Mannheimer Kollegen zustimmen, wünschen jedoch Verschleunigung in der Verschmelzungsfrage mit den Verbänden der Töpfer und Glasarbeiter. Zu dem Anschluß an den Fabrikarbeiterverband können wir uns nicht verstehen. Das Ideal vom gewerkschaftlichen Standpunkte aus erblicken wir in einem allgemeinen Industriearbeiterverband, in dem alle gegenwärtig bestehenden Gewerkschaften zu einem großen Ganzen vereinigt wären; durch die vielen Verbände und „Verbändchen“ wird die Solidarität oft verletzt und die Schlagfertigkeit in Frage gestellt. Doch zur Lösung einer derartigen Frage ist der Boden noch nicht geebnet. — In der Anstellung eines Gauleiters für Rheinland und Westfalen erwarten wir ein schnelleres Tempo und ersuchen die in betracht kommenden Zahlstellen uns in dieser Frage zu unterstützen. Der neue Gauleiter wird in dem hiesigen Gau ein arbeitsreiches Feld finden, das die Kosten und aufzuwendende Mühe sicher wert ist; die nötige Agitationsarbeit kann von den einzelnen Zahlstellen unmöglich mehr geleistet werden.“

Fraureuth. In der am 14. September stattgefundenen Versammlung wurde der Bericht von der letzten Sitzung des Gewerkschaftsrates gegeben. Hierbei wurde eine Verhandlung über Einführung eines Bezirkssekretariats vertagt und der Vorsitzende beauftragt, hierüber erst Erkundigungen einzuholen. Ebenfalls vertagt wurde die Festlegung des Statuts zu einer gründenden Sterbekasse, wegen der in Aussicht stehenden Volksfürsorge. Nach der erfolgten Ersatzwahl eines Revisors wurde Kenntnis von der in Dresden stattgefundenen Konferenz genommen. Unter Verschiedenem wurden einige Anfragen unter Hinweisung auf § 6 des Statuts beantwortet. Auch wurde noch von einigen Kollegen der intime Verkehr mit Nichtorganisierten gerügt.

Köppelsdorf. Am 1. September fand im Rehbahnschen Saale eine gemeinschaftliche Versammlung der Zahlstellen Köppelsdorf, Hüttensteinach, Hüttengrund, Lauscha, Judenbach, Neuhaus Kreis Sonneberg und Oberlind statt; um 1. über die Zusammenlegung der Zahlstellen und 2. über die Agitation zu beraten. Auf Antrag aus der Versammlung wurde die Ilmenauer Flugblattfrage mit zur Tagesordnung gestellt, trotzdem der Gauleiter Hoffmann sich dagegen aussprach, da man die Angelegenheit jedenfalls schon in den einzelnen Zahlstellen behandelt habe. Außerdem wurde auch die Aussperrung bei Koch mit zur Tagesordnung gestellt. Zu Punkt 1 referierte der Gauleiter. Der Beschluß der letzten Generalversammlung besage, daß Vorstand und Gauleiter im Sinne der Zusammenlegung von Zahlstellen zu wirken haben. Die Entstehung dieses Beschlusses ist unter anderen auf Anträge zurückzuführen, welche die Anstellung von Lokalbeamten für Zahlstellen von 500 und mehr Mitgliedern wünschten. Seine persönliche Meinung gehe aber dahin, daß man in der Regel bei weniger als 900 Mitgliedern Lokalbeamte nicht anstellen soll. In Selb hat sich das System gut bewährt, dergleichen auch in anderen Organisationen. Die vielen Zahlstellen in einem so engen Bezirk wie der hiesige, haben schon mancherlei Nachteile gezeigt, besonders jetzt bei der Aussperrung bei der Firma Koch, wo 3 Maler ausgesperrt sind, aber jeder einer anderen Zahlstelle angehört und nun eigentlich keine Verwaltung recht wissen, ob sie, oder die anderen kompetent seien. Redner führt noch eine Reihe der durch die Zerissenheit hervorgerufenen Nachteile an. In der Diskussion erklärten sich alle Redner für die Zusammenlegung und führten noch weitere Nachteile der jetzigen Einzelzahlstellen an. Beschlossen wurde, der Zusammenlegung zuzustimmen, zunächst aber sollen die einzelnen Zahlstellen die Frage nochmals eingehend diskutieren und soll dann eine spätere gemeinschaftliche Versammlung endgültig Beschluß fassen. Zu Punkt zwei wird nach den ausführlichen Darlegungen des Gauleiters und eingehender Diskussion beschlossen, daß die Verwaltungen zunächst die Mitglieder, deren Familienangehörige nicht organisiert sind, veranlassen, letztere zu organisieren, ebenso sollen auch die übrigen Agitationsformen durchgeführt werden. Zum dritten Punkt entspann sich eine längere Diskussion, in welcher sämtliche Redner das nur dem Unternehmertum nützende Gebahren der Ilmenauer Flugblattvertreiber geißelten. Besonders wurde kritisiert daß die Ilmenauer es jetzt noch nicht für notwendig halten, den Mitgliedern auch zu sagen, daß die Verschmelzung mit dem Fabrikarbeiterverband schon deshalb nicht mehr möglich ist, weil dieser auf seiner Generalversammlung zu Anfang August d. J. sich gegen jede Verschmelzung erklärt hat. Die Ilmenauer wissen dies, aber das Verschweigen dieses wichtigen Umstandes beweist, daß die vorgeschlagene Verschmelzung nur das Mittel zu dem Zwecke ist, das Ilmenauer Lager zu verfestigen. Im übrigen ist das demokratische Gefühl ab, denn nach unfreien Wahlen sind die Generalversammlungsbeschlüsse für uns bindend bis zur nächsten Generalversammlung. Das ganze Verhalten der Ilmenauer ist demnach nichts anderes als eine regelrechte Agitation gegen die Bestrebungen des Verbandes, auf welcher nach § 3 Ziffer 3 des Statuts der Ausschuß zu erfolgen hat. Auf Antrag Goller wurde deshalb beschlossen, sich dem Antrag Piesau auf Ausschuß der Ilmenauer Quertreiber anzuschließen. Zur Aussperrung bei der Firma Ph. Koch wurde nach der Schilderung der Vorgänge in der weiteren Diskussion die verwerfliche Art und Weise dieses Koch gekennzeichnet und weiteres Vorgehen beschlossen.

Schwarzenbach a. S. Unsere am Sonntag, den 15. September stattgefundene Zahlstellen-Versammlung war stark besucht. Gauleiter Bredow hielt ein Referat über Lohnbewegungen. Er streifte hierbei auch kurz die belagerten Differenzen in den hiesigen Betrieben und forderte am Schluß die Kolleginnen und Kollegen auf, fest und treu zur Organisation zu halten, denn Einigkeit macht stark. Unter Punkt Verschiedenes teilte der Kassierer mit, daß sich Kollege Dörrich (Gemeindebevollmächtigter) vom Verband hat streichen lassen wegen Resten. Auf Anregung des Gauleiters wurde beschlossen, am Sonntag den 6. Oktober einen Ausflug nach Kirchenlamitz zu unternehmen. Dort selbst findet für die in Marktlauthen beschäftigten Kolleginnen und Kollegen Versammlung statt. Nach einer kurzen Aufforderung des Vorsitzenden sich zahlreich an dem Ausflug zu beteiligen, wurde die Versammlung geschlossen.

Sterbetafel.

Eisenberg. Pauline Wagner, Gießerin, geb. 23. Januar 1858 in Morbelsrot, gest. 12. September 1912 an Lungen-schwindsucht.

Margarethenhütte. Paul B. Schornack, Dr., geb. 28. September 1871 in Lössau, gest. 11. September 1912 an Herzfehler. Letzte Krankheitsdauer 3 Monate.

Ehre ihrem Andenken!

Adressen-Henderungen

Höhr. Schf. Th. Breiden.

Margarethenhütte. Wf. Hermann Ludwig, Großdubrau 22. — Schf. Lepke, Großdubrau.

Schw.-Gmünd. Wrm. Karl Weiter, Mtl.

Versammlungs-Anzeigen

Ahlen. Sonnabend, 28. September, bei Sandgathe, Südstr.

Huma. Sonnabend, 5. Oktober, 8 1/2 Uhr, bei Senff.

Berlin. Montag, 7. Oktober, 7 Uhr, Schildermaler, An der Straßauer Brücke 3.

Düsseldorf. Sonnabend, 28. September, 8 1/2 Uhr, im Volkshaus, Flingerstraße, Zimmer 4, 2. Etage. — Sonnabend, 5. Oktober, 8 1/2 Uhr, Schildermaler, bei Walbers, Herzog- und Pionierstraßen-ecke.

Freiberg i. S. Sonnabend, 5. Oktober, 4 Uhr, in der Union.

Hamburg. Sonnabend, 5. Oktober, bei D. Lange, Bart Str. 5.

Höhr. Montag, 30. September, im Gasthaus Kaiser Friedrich.

Kahla. Sonnabend, 5. Oktober, 8 1/2 Uhr, im Rosengarten.

Könitz. Sonnabend, 5. Oktober, 5 Uhr, in der Bergschloßbrauerei.

Nürnberg. Sonnabend, 28. September, 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus.

Oelde. Sonnabend, 5. Oktober, 8 1/2 Uhr, bei Ww. Franz Wiegand.

Pankow. Sonnabend, 5. Oktober, 8 Uhr, bei Bohr, Ruglerstr. 7.

Pössneck. Mittwoch, 2. Oktober, 8 1/2 Uhr, bei Max Feller. Alle kommen!

Schmiedefeld. Sonnabend, 28. September, 8 Uhr, im Meiningen Hof. Abschluß 12. Oktober.

Schorndorf. Mittwoch, 2. Oktober, 6 Uhr, im Hirsch.

Sitzendorf. Montag, 30. September, 1/2 7 Uhr, bei Andreas Klee-mann. Abschluß 20. Oktober.

Spechtsbrunn. Sonnabend, 28. September, 8 Uhr, im Bahnhof Bauernsachs.

Staffel. Sonntag, 6. Oktober, 2 Uhr, bei Weimar.

Suhl. Sonntag, 13. Oktober, 3 Uhr, in Domberts Ansicht. Abschluß 19. Oktober.

Tettau. Montag, 30. September, 6 Uhr, im Schwarzen Adler.

Uegesack. Sonnabend, 5. Oktober, 8 1/2 Uhr, bei Wördemann.

Weisswasser O.-L. Sonnabend, 5. Oktober, 8 1/2 Uhr, im Café Central.

Zell a. H. Sonnabend, 28. September, 8 Uhr, im Badischen Hof.

Anzeigen

Bonn. Sonntag, den 6. Oktober Spaziergang über Duisdorf nach Hagenbach, von dort nach Todenb. 2. Stammverein des V. B. in Bonn. Der Vorstand. — Die Besondere einge-messen die 1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100. Die Verwaltung.

Coblenz a. Rh. Den ausgesteuerten Kollegen zur Kenntnis, daß wir freiwillige Unterstützung bis auf weiteres nicht mehr gewähren können, da die Kassenverhältnisse der Zahlstelle keine guten sind. Die Verwaltung.

Düsseldorf. Am Sonnabend, den 12. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, feiert die Zahlstelle das 21. Stiftungsfest im Kaufhaus Bergerstr. 8, oberer Saal, verbunden mit Konzert, Ball und sonstigen Veranstaltungen. Hierzu ladet die Mitglieder unserer und der umliegenden Zahlstellen freundlich ein. Die Verwaltung.

Selb-Plössberg. Am Sonnabend, den 28. September findet unser Stiftungsball mit Refruten-abschied statt, wozu wir die Mitglieder und umliegenden Zahlstellen freundlichst einladen. Die Verwaltung.

Langenberg. Den durchreisenden Mitgliedern wiederholt zur Kenntnis, daß Unterstützung in der Fabrik nicht ausgezahlt wird. Der Kassierer.

Mannheim. Unterstützung zahle ich nur in meiner Wohnung aus und zwar abends von 7 bis 9 Uhr, Sonntags vormittags von 10 bis 12 Uhr.

Josef Radinsky, Rff., Käferthal, Obere Niedstr. 14-16.

Plankenhammer. Durchreisende unterstützungsberechtigte Mit-glieder wollen mich abends nach 1/2 7 Uhr in meiner Wohnung, Floß 158, gegenüber Drei-Könige, besuchen. Sonntags von 11 bis 2 Uhr. Dringende Fälle finden Wochentags von 12 bis 1 Uhr in der Kantine, Plankenhammer Erledigung. Josef Wühl, Rff.

Arbeitsgesuche u. Arbeits-angebote kostenlos	Arbeitsmarkt	Offerten-Beförderung nur bei Porto-Einzufügung
--	---------------------	--

Neustadt b. Coburg. Tiefenigen Kollegen welche gesonnen sind, in den Betrieben (Heber & Co. sowie Gebr. Knoch) in Arbeit zu treten, wollen sich in ihrem eigenen Interesse, bei der hiesigen Verwaltung vorerst erkundigen.

Porzellanmaler, tüchtig in allen vorkommenden Arbeiten einer Privatmalerei, wie Schrift, Mono-gramm, Rand, Ergänzungen usw., sucht Stellung in einer solchen per sofort. Gest. Offerten unter P. A. 55 an die Anzeile erbeten.

Preis der 2 gespaltenen Zeilen 80 Pfennig	Geschäfts-Anzeigen	Vorausbezahlung ist Bedingung
---	---------------------------	-------------------------------

Goldabfälle jeder Art, Goldwatten, Lappen, usw. kauft zu den höchsten Preisen Goldschmelze E. Hecht, Berlin S., Sebastianstr. 76. Tel. Amt IV, 5279.

Goldschmiere, Goldflaschen und alle in der Bergolderet vor-tommenden Abfälle kauft bei pünktlicher reeller Bedienung Oskar Rottmann, Stadtilm i. Thür.

Goldschmiere, sowie goldhaltige Lappen, Pa-letten, Stupfer, Pinsel, Asche, Flaschen usw., kauft jeden Posten und bezahlt nach dem Aus-schmelzen das Gramm Feingold mit 2,81 M. Höchste Preise bei so-fortiger Kasse und reeller Bedienung. Großer Umsatz, daher höchste Preise. Schriftliche Anerkennungen für reelle Bedienung.

M. Köhler, Dresden-A., Gerichtsstraße 8, 2 Tr.

Zahle weil grossen Umsatz höchste Preise	Alle Gold-, Platin- und Silber-Abfälle  Edel-Metall-Schmelze Gezündet 1896	Edel-Metall-Schmelze Gezündet 1896
Otto Seifert, Zwickau S.		

Gold- und Silberscheide-Anstalt von Max Haupt, Dresden-A., Börsenplatz 17

Goldschmiere

sowie goldhaltige Lappen, Stupfer, Pinsel, Paletten, Näpfe, Flaschen usw. werden ausgeschmolzen und das Gramm Feingold bis 2,85 Mark angekauft. — Schnelle reelle Bedienung.

Bruch von stark vergoldetem Porzellan und Glas, sowie alle übrigen vom Malen zurückbleibenden Gold-, Platin- und Silberreste werden auf Feingehalt probiert und für den höchsten Gold-, Platin- und Silberpreis angekauft.

J. Haupt, Dresden-A., Eiseleustra. 6.

Goldschmiere, verdichtetes Glanzgold und sonstige goldhaltigen Sachen kauft stets zu höchst. Preisen bei pünktlicher und reeller Bedienung. Man verlange Prospekte. Emil Böhme, Eisenberg S.-A. Ältestes Geschäft dieser Art. NB. Empfehle ff. Glanzgold. 10 Gr. 3,50 M.

Goldschmiere, Goldlappen, Goldasche, und sonstige goldhaltige Sachen kauft stets zu höchsten Preisen bei pünktlicher und reeller Bedienung

Martin Kaufmann, Zwickau i. S., Bahnhofstr. 14.

Herausgeg. v. Verbands der Porzellan- u. verw. Arbeiter u. Arbeiterinnen. Redaktion: Karl Eberhardt, Charlottenburg, Wallstr. 95. Verlag: Wilhelm Gerden, Charlottenburg, Rosinenstr. 3. Druck von Otto Goerke, Charlottenburg, Wallstraße 22.